

Online Publication

October 2010

Oliver Rathkolb:

Die österreichische „Ostpolitik“ gegenüber  
Ungarn

document first published in (print):

Österreich und Ungarn im Kalten Krieg ELTE  
Új- és Jelenkori Egyetemes Történeti Tanszék –  
Universität Wien, Institut für Zeitgeschichte,  
Wien – Budapest, 2010.

### ***Die österreichische „Ostpolitik“ gegenüber Ungarn***

Schon vor der ersten offiziellen Reise eines österreichischen Diplomaten, Legationsrat Rudolf Seemann nach Kriegsende am 12. Jänner 1946, gab es – von Staatskanzler Karl Renner bestätigt – ein „*Österreichisches Hilfsbüro*“ in Budapest. Dieses wurde von Hofrat Karl Loidl geleitet wurde, war aber keine offizielle Stelle des Bundeskanzleramts, Auswärtige Angelegenheiten. Seemann sollte einen Besuch von Außenminister Karl Gruber vorbereiten, um Wirtschaftsverhandlungen zu beginnen und den Transport von rund 400.000 auszusiedelnden Volksdeutschen über österreichisches Gebiet zu verhindern.<sup>1</sup> Überdies sollten bei diesem ersten Staatsbesuch die offizielle Aufnahme diplomatischer Beziehungen und die Rückstellung des Gesandtschaftsgebäudes besprochen werden. Seemann war ein Absolvent der Konsularakademie und noch in der Monarchie ausgebildet und sozialisiert gewesen, 1938 wurde er pensioniert und arbeitete 1942-1945 als stellvertretender Direktor der Szolyva AG für Holzverkohlungen in Prag und Budapest, ehe er wieder in den Auswärtigen Dienst zurückkehrte und das wirtschaftspolitische Referat leitete.<sup>2</sup>

Ein früher Konfliktpunkt in den bilateralen Beziehungen wurde durch Aktivitäten ausgelöst, die vom Burgenland ihren Ausgang nahmen. Schon am 29. Juli 1945 hatte der Leiter der Pressestelle der burgenländischen Landesregierung Fritz Zimmermann eine Denkschrift „*Ostburgenland*“ verfasst, mit der Forderung nach dem „*Anschluß Ödenburgs*“ und anderer ungarischer Grenzgebiete<sup>3</sup> an Österreich. Einzelne Presseberichte 1946 führten zu ungarischen Vorsprachen am Ballhausplatz, die nur ausweichend beantwortet wurden, da durchaus die Frage Ödenburg im Sinne einer Kompensation für Südtirol releviert wurde – auch von Sozialdemokraten um die Koalitionsregierung Leopold Figls. So erklärte der außenpolitische Sprecher der SPÖ, Julius Deutsch: „*Die Überlegungen, die wir bei der Aufwerfung der Frage Ödenburg hatten, waren sowohl rechtlich wie taktisch. Rechtlich: Der Friedensvertrag von Saint Germain (Sic!) hat uns Ödenburg gegeben, die Banditen haben es uns wieder weggenommen. Taktisch: Nachdem man uns Südtirol nicht gibt bzw. nur einen ganz kleinen Teil, wird man vielleicht auf einen anderen Punkt eher geneigt sein, uns entgegenzukommen.*

---

<sup>1</sup> Archiv der Republik, Bundeskanzleramt. Auswärtige Angelegenheiten II Pol, 1946, Karton 5, GZ 110.281 pol/46, Bericht, 2 sowie die Weisungen für Seemann von Gruber, in ebd. GZ 110.135 pol/46.

<sup>2</sup> Rudolf Agstner, Gertrude Enderle-Burcel, Michaela Follner, Österreichs Spitzendiplomaten zwischen Kaiser und Kreisky, hrsg. v. Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes und Österreichische Gesellschaft für historische Quellenstudien, Wien 2009, 418.

<sup>3</sup> Tuma, Renate: Das Problem der territorialen Integrität Österreichs 1945-1947. Unter bes. Berücks. der Grenzziehung gegenüber Deutschland, der Tschechoslowakei und Ungarn. In: Dissertationen der Universität 6, Wien 1995, 317.

*Auf alle Fälle wird unser Kampf um Südtirol verstärkt werden, wenn wir gleichzeitig andere Forderungen anmelden*“.<sup>4</sup> Nach einer Debatte im österreichischen Nationalrat in dem offenen „Anschlußforderungen“ erhoben wurden, reagierte Ungarn durch den stellvertretenden Ministerpräsidenten und KP Chef Rákosi klar und eindeutig: „[...] seiner Auffassung nach könne die Bevölkerung des Ödenburger Komitats überhaupt nicht als österreichische Minorität bezeichnet werden, vielmehr sei die Ödenburger Frage definitiv geregelt und eine Erörterung derselben komme nicht in Frage“.<sup>5</sup> Im November 1946 ebte aber die indirekte Unterstützung der Ödenburger-Lobby seitens der Bundesregierung ab, und wurde durch die Betonung der Grenzen 1937 im Zusammenhang mit der Abwehr jugoslawischer Gebietsansprüche noch deutlicher. Zur selben Zeit stiegen auch die Grenzverletzungen durch jugoslawische Militärs im österreichisch-ungarisch-jugoslawischen Grenzdreieck. Ungarn selbst erhob keine Gebietsforderungen – wie beispielsweise von Staatskanzler Renner ursprünglich befürchtet –, und Rákosi dementierte dies ausdrücklich: „Ungarn liegt vielmehr daran, mit Österreich in gut nachbarlicher Freundschaft zu leben“.<sup>6</sup>

In der Folge überreichte zwar Meinrad Falser dem Ungarischen Außenminister Gyöngyösi sein Einführungsschreiben bereits am 25. Februar 1946, aber nach vor gab es keine offiziellen diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern.<sup>7</sup> Erst im am 18. Jänner 1947 anerkannte Ungarn die Republik Österreich, und im März 1948 erfolgte die Umwandlung der bisherigen „Politischen Vertretungen“ in Budapest und Wien in reguläre Gesandtschaften nachdem der Alliierte Rat in Wien der Aufnahme offizieller Beziehungen zugestimmt hatte.

Inzwischen waren aber bereits einige Regierungsvertreter zu Besuch in Budapest gewesen – so zum Beispiel Landwirtschaftsminister Josef Kraus und der Bundesminister für Volksernährung Hans Frenzel am 13. Oktober 1946. Zwar war längst nicht das intensive Handelniveau vor 1945 erreicht worden – zum Beispiel betrug die Einfuhren aus Ungarn nur mehr 4,3%.<sup>8</sup> Aber schon im August 1945 gab es ein erstes privates Tauschgeschäft – ungarische Braunkohle und Lebensmittel gegen österreichisches Holz – unter Kontrolle durch das österreichische Warenverkehrsbüro. 1947 und 1949 wurde auch zwei Handelsabkommen geschlossen trotz der bereits beginnenden ideologischen Konfrontationen. Auch die „Konvention betreffend das Regime der Donauschiffahrt“ scheiterte 1948 nicht am Kalten Krieg.<sup>9</sup>

---

<sup>4</sup> Tuma, Das Problem, 88.

<sup>5</sup> Tuma, Das Problem, 93.

<sup>6</sup> Tuma, Das Problem, 101.

<sup>7</sup> Ebd., GZ 110.552 pol/46, Z 1/46.

<sup>8</sup> Klaus Fiesinger, Ballhausplatzdiplomatie 1945-1949. Reetablierung der Nachbarschaftsbeziehungen und Reorganisation des Auswärtigen Dienstes als Formen außenpolitischer Reemanzipation Österreichs, München 1993, 316.

<sup>9</sup> Fiesinger, Ballhaus-Platzdiplomatie, 317.

Schon im September 1948 äußerte sich auch die inzwischen lückenlose kommunistische Machtergreifung in Ungarn durch die Errichtung von Wachttürmen und der Anlage eines 50 Meter breiten abgeholzten Grenzstreifens.<sup>10</sup> Die erste österreichische Protestnote wegen der Verminung der Grenze stammte vom 29. November 1948.<sup>11</sup> Trotz der geostrategischen Grenze im Kalten Krieg konnte auf der Basis eines Handelsvertrages vom 5. September 1948 der Warenverkehr im Umfang von 70,7 Millionen Schilling im Jahr 1947 auf 894,4 Millionen 1955 gesteigert werden<sup>12</sup>. Es folgten weitere Handelsabkommen.

Selbst heftige propagandistische Aktivitäten der US-Administration in Österreich, die sich gegen die Kommunistische Partei richtete, störten diese ökonomische Zusammenarbeit auf niederem Niveau keineswegs. So hatte der Information Services Branch der US Forces in Austria (= ISB) versucht, US-Propagandamaterial direkt nach Ungarn zu bringen - möglicherweise um den dortigen immer stärker werdenden kommunistischen Aktivitäten und deren möglicher Ausstrahlung auf Österreich entgegenzuwirken. So hatte er gerade den Schmuggel von 1.200 Stück einer Sondernummer des unter US-Kontrolle stehenden „*Wiener Kuriers*“ vom 3. November 1947 mit einem übersetzten Nachdruck eines Artikels des ehemaligen ungarischen Ministerpräsidenten Ferenc Nagy aus der *Evening Post* („*How the Russians Grabbed My Government*“) arrangiert.<sup>13</sup> Im Juli 1947 konnte der „*Wiener Kurier*“ noch rund 2.500 Stück täglich in Budapest absetzen; noch größer war die Nachfrage in der Tschechoslowakei, und einige Exemplare gingen sogar nach Rumänien.<sup>14</sup> Seit September 1947 war der illegale und kostenlose Export nicht mehr möglich, da sich die politischen Verhältnisse gewandelt und die Kommunisten – nach der Zerschlagung der Kleinlandwirte-Partei durch Schauprozesse – bei Neuwahlen die Mehrheit erhalten hatten.

Sehr erfolgreich waren übrigens auch ungarische Nachrichtensendungen der US- Sendergruppe Rot-Weiss-Rot. Obwohl es der Sendergruppe Rot-Weiss-Rot letztlich nicht gelungen war, die sowjetischen Displaced Persons-Sendungen über Rot-Weiss-Rot gänzlich abzublocken, wurde die zu eben diesem Zweck eingeführten DP-Programme in ungarischer Sprache beibehalten.<sup>15</sup> Seit November 1946 strahlte die Sendergruppe werktags

---

<sup>10</sup> Archiv der Republik, Bundeskanzleramt. Auswärtige Angelegenheiten II Pol, 1946, Karton 88, GZ 118.047pol/48.

<sup>11</sup> Hans-Georg Heinrich, Die Entwicklung der österreichisch-ungarischen Beziehungen: Sonderfall oder Modell? Wien 1985, 19.

<sup>12</sup> Peter Haslinger, Hundert Jahre Nachbarschaft. Die Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn 1895-1994, Frankfurt/Main, 239.

<sup>13</sup> NA-RG 260/889/48, Kaghan an Eberle - Weekly Operations Report, 3. November 1947.

<sup>14</sup> NA-RG 260/862/92, Ted Kaghan - History of the Wiener Kurier, undatiert (ungefähr im September 1949 beendet), 4.

<sup>15</sup> Report of the US High Commissioner, November 1946, S. 255; wie lange ein mit gleichem Datum begonnenes polnisches DP-Programm beibehalten wurde, konnte nicht festgestellt werden.

zwischen 9.55 und 10.00 ohne Unterbrechung ungarische Nachrichten aus, die anfangs nur für DPs, aber in späterer Folge fast ausschließlich für Ungarn selbst bestimmt waren. Der Großteil der verwendeten Meldungen stammte von amerikanischen Nachrichtenagenturen. Nur fallweise wurde auch die APA zitiert.

Wichtigster Sprecher und Redakteur dieser Nachrichten war Camillo Haubert, ehemaliger Presseattaché der ungarischen Gesandtschaft in Berlin (1932 - 1942) und in Wien (1942 - 1944).<sup>16</sup> Haubert, eigentlich Journalist, hatte sich 1944 geweigert, den Diensteid auf den Führer der faschistischen Pfeilkreuzler, Ferenc Szálasi, abzulegen,<sup>17</sup> konnte sich aber gegen Kriegsende in Sicherheit bringen und in „Reichsdeutschland“ untertauchen. Nach dem Krieg arbeitete er vorerst als Auslandskorrespondent für Schweizer Zeitungen in Wien. Jedenfalls war er für die ihm zugedachte Aufgabe der geeignete Mann. Besonders aktiv erwies sich Haubert nach der kommunistischen Machübernahme in Ungarn, als auf seinen Vorschlag hin die ungarischen Nachrichten von 10 auf 25 Minuten (Kurzwellen) beziehungsweise von 5 auf 15 Minuten (Mittelwellen) erweitert wurden, um größere Effektivität zu erzielen.<sup>18</sup> Angeblich waren die Sowjets bereits aufmerksam geworden, denn ein Offizier, Nowikow, hatte Erkundigungen über die ungarischen Programme eingezogen.<sup>19</sup> Das Interesse erklärte die amerikanische Botschaft in Budapest, die mitteilte, dass Sendungen in Rot-Weiss-Rot einen relativ großen Hörerkreis erreichten, während korrespondierende Programme der Voice of America am Abend gestört wurden.<sup>20</sup> Haubert bekam es immer mehr mit der Angst zu tun, sodass er es unter dem Eindruck der Meldungen über sowjetische „Entführungen“<sup>21</sup> aus der internationalen Zone, wo er wohnte, nicht mehr wagte, abends alleine nach Hause zu gehen.<sup>22</sup> Entgegen seinen Befürchtungen gab es aber im gesamten Rundfunkbereich – den bisher bekannt gewordenen Quellen nach zu schließen – keinen Fall von „Menschenraub“.

<sup>16</sup> NA-RG 260/62/72, Szegedy Maszák Aladár Erklärung, 10. Dezember 1945; ebenda, Veder Laszlo, 28. November 1945.

<sup>17</sup> Ebenda, Haubert an Fox, 6. Oktober 1947.

<sup>18</sup> Ebenda, Haubert an Fox, 6. Oktober 1947 und N 260/35/23, Fox an Chief of Branch, 27. Oktober 1947, 1.

<sup>19</sup> NA-RG 260/62/72, Géza Pogány - Protokoll, 13. August 1947; Techniker von Rot-Weiss-Rot standen angeblich mit Nowikow in Verbindung und warnten mehrmals einen Sprecher der ungarischen Nachrichten, Pogány, nicht zu pointiert propagandistisch zu sprechen, da ihm sonst etwas zustoßen könnte.

<sup>20</sup> Report of the US High Commissioner, Februar 1948, 91. Vgl. auch NA-RG 260/981/Folder: Radio Section 1947, Savalli an Schulz, 20. Juni 1947.

<sup>21</sup> Austria Kriminalakt, hrsg. von Rupert Rindler, Zell am See 1953, 18; in dieser SPÖ-Propagandabroschüre wurde eine Statistik des Bundesministeriums für Inneres zitiert, der zufolge 1946 80 Männer und 1947 102 Männer von „Sowjets verschleppt“ worden waren. Die Aufsehen erregenden Fälle kulminierten 1948 (Anton Marek, Margarethe Ottilinger) - damals „verschwanden“ 116 Männer und 21 Frauen in sowjetischen Gefängnissen oder Lagern.

<sup>22</sup> NA-RG 260/62/72, Flaubert an Fox, 6. Oktober 1947.

1949 hatten die fremdsprachigen Nachrichten sowohl den Anteil der Sendungen der Stimme Amerikas am Programm von Rot-Weiss-Rot als auch die Weltnachrichten übertroffen und 5% der Sendezeit blockiert.<sup>23</sup> Im Gegensatz zu ihrer Bedeutung im Rahmen der amerikanischen antikommunistischen Propagandapolitik gegenüber Osteuropa<sup>24</sup> blieben diese Sendungen ein Fremdkörper innerhalb von Rot-Weiss-Rot. Offensichtlich hatte niemand mit einer Institutionalisierung des Provisoriums, das gegen den Einsatz von sowjetischen Repatriierungssendungen geschafften wurde, gerechnet. Bereits im Juli 1948 versuchte die ISB das State Department dazu zu bringen, seine eigenen Sendungen der Voice of America für Ungarn, die Tschechoslowakei und Jugoslawien auch über Rot-Weiss-Rot auszustrahlen.<sup>25</sup>

Washington lehnte das Angebot ab, weil die ungarischen Programme von Rot-Weiss-Rot jenen der Voice qualitativ noch überlegen waren.<sup>26</sup> In der Folge wurde die Nachrichtenredaktion aus Sicherheitsgründen im Februar 1948 nach Salzburg verlegt.<sup>27</sup> Aufgrund der Propagandaerfolge der ungarischen Nachrichten beschloss der Leiter von Rot-Weiss-Rot, Joe Savalli, bereits im April 1947, mit den Vorbereitungen für eine ähnliche Sendung in serbokroatischer Sprache zu beginnen.<sup>28</sup> Es dauerte jedoch ziemlich lange, ehe zwei geeignete Sprecher gefunden werden konnten, da alle Aspiranten für diesen Posten genauestens überprüft wurden.<sup>29</sup> Die politische Relevanz und

---

<sup>23</sup> NA-RG 260/97/Folder: RWR Radio Policy, Fetterman an Director, USACA - US Slanted Programs on Red-White-Red, 29. April 1949, 1. Im Juli 1949 hatten die fremdsprachigen Nachrichten folgende Zeiten an Wochentagen 7.20 – 7.30 Tschechisch (nur von den Sendestationen Wien und Linz auf Mittel- und Kurzwelle), 8.30 – 8.45 Serbokroatisch (nur von Wien auf Kurz- und Mittelwelle), 13.15 – 13.30 Ungarisch (nur von Wien auf Kurzwelle), 22.15 – 22.25 Slowakisch (nur von Wien fünfmal pro Woche auf Kurzwelle) und 24.00 – 0.15 (nur von Wien auf Kurz- und Mittelwelle) und 24.00 – 0.15 (nur von Wien auf Kurz- und Mittelwelle siebenmal pro Woche) - NA-RG 260/97/41, Fox - Report on History and Present Position of Red-White-Red Network, 1. Juli 1949, 11.

<sup>24</sup> NA-RG 59/811 .20200(D)/4-304: Bereits im April 1946 telegraphierte der Politische Berater Erhardt nach Washington - „*Steps should immediately be taken (to) assure us now and later of rights and facilities for broadcasting from station sufficiently powerful (to) cover entire Balkan and Danubian area*“, Die geopolitische Bedeutung amerikanischer Rundfunkprogramme aus Österreich war bereits Monate vor Beginn der fremdsprachigen Nachrichten erkannt worden. Zwei Jahre später wurden die ungarischen Sendungen von Rot-Weiss-Rot im Rahmen eines Reports des Special Mundt Subcommittee of the Committee on Foreign Affairs besonders betont und ein Ausbau vorgeschlagen (US Congress Senate, Committee on Foreign, The United States Information Service in Europe, Washington D. C. 1948, 151).

<sup>25</sup> NA-RG 260/889/46, Secstate an Vienna, 7. Juli 1948.

<sup>26</sup> NA-RG 260/888/46, Fox an Lee - VOUSA and Foreign Language Program, 9 November 1948, 1.

<sup>27</sup> Report of the US High Commissioner, Februar 1948, 91; durch die Verlegung verringerte sich der direkte Kontakt mit dem Radio Officer Fox - vor allem nach dem freiwilligen Ausscheiden Hauberts im September 1948 (NA-RG 260/43/41, Haubert an Fox, 16. September 1948).

<sup>28</sup> NA-RG 260/916/Folder: Classified Documents from ISB II, Ladue an War WDSCA P-7170, 8. Mai 1947.

<sup>29</sup> Vgl. dazu NA-RG 260/888/52 und NA-RG 260/62/72.

Sensitivität der Sendungen, die über die eigentlichen Aufgaben der ISB in Österreich weit hinausgingen, erforderte eine sorgfältige Auswahl des benötigten Personals. Schließlich wurden die Redakteure Pozniak und Iwan B. Kuntić angestellt, die am 19. Februar 1948 erstmals im Äther zu hören waren.<sup>30</sup> Bereits einen Monat nach Beginn der serbokroatischen Sendungen und kurz nach dem Prager „Coups“ wurden auch Programme in tschechischer sowie in slowakischer Sprache begonnen. Als Redakteur für die tschechischen Programme, die täglich zwischen 7.20 und 7.30 gebracht wurden, verpflichtete Fox den tschechischen Emigranten Otto Turecek.<sup>31</sup> Die sprachliche Qualität jener Nachrichten wurde anfangs heftig kritisiert, da der Präsentator zu viele grammatikalische und rhetorische Fehler machte.<sup>32</sup> Auch dieses Programm fand innerhalb der Tschechoslowakei die von den Amerikanern gewünschte Resonanz.<sup>33</sup>

Im Zuge der Erweiterungen der österreichischen Programme entwickelten sich diese Nachrichten zusehends zu einem Hindernis für eine verstärkte Austrifizierung von Rot-Weiss-Rot.<sup>34</sup> Der Vorschlag von Rot-Weiss-Rot an die International Broadcasting Division des State Departments, einen eigenen Sender für derartige Nachrichten in Wien aufzustellen, wurde jedoch abgelehnt.<sup>35</sup> Trotz Zusicherung des State Departments, dass ab August 1949 die Stimme Amerikas entsprechende Programme für die fremdsprachigen Sendungen - ähnlich den deutschsprachigen Produktionen - zur Verfügung stellen wollte,<sup>36</sup> beendete die ISB daraufhin selbständig die Nachrichtenprogramme für osteuropäische Staaten.<sup>37</sup> Gegenüber dem Außenministerium rechtfertigte sich die ISB mit allgemeinem Finanznotstand, doch deutet vieles darauf hin, dass sich die ISB auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges ganz auf Österreich konzentrieren wollte, um dort ein Maximum an ideologischen Vorteilen herauszuholen. Das konkrete Ziel sollte durch die in Österreich unbeliebten und überdies kostspieligen fremdsprachigen

---

<sup>30</sup> NA-RG 260/888/52, Green an Sills etc. 18 Februar 1948.

<sup>31</sup> NA-RG 260/43/42, Dr. Otto Turecek, undatiert.

<sup>32</sup> NA-RG 260/62/72, Pettegrove an Eberle - Czech Broadcasts, 22. März 1948; ebenda Stryker - Memo: Voice of America in Austria, 31. März 1948. NA-RG- 59/740.0019 Control (Austria)/8-1749.

<sup>33</sup> NA-RG 260/887/102, Lee an Director, USACA - Foreign Language Broad casts, 25. März 1949, 2.

<sup>34</sup> Vgl. dazu die Kritik in der Österreichischen Zeitung, 11. Februar 1949, S. 2 über die ungarischen Sendungen. Rot-Weiss-Rot stellte fest, dass die fremdsprachigen Nachrichten der Sendergruppe zahlreiche Hörer in Österreich gekostet hatten (NA-RG 260/887/136, Lee an Director, USACA Red-White-Red Satellite Programs, 25. August 1949, 1.).

<sup>35</sup> NA-RG 260/887/102, Lee an Director, USACA -Foreign Language Broad casts by ISB, 25. März 1949, 4.

<sup>36</sup> NA-RG 260/887/136, Secstate an Vienna - No. 947, 18. August 1949.

<sup>37</sup> In der Nacht des 23. Septembers 1949 wurden die fremdsprachigen Nachrichten von Rot-Weiss-Rot eingestellt (Ebenda, Fox an Director, USACA-Red-White-Red Satellite Programs, 16. September 1949).

Nachrichtensendungen via Rot-Weiss-Rot nicht gefährdet werden.<sup>38</sup> Festzuhalten ist, dass die ISB keineswegs wegen einer möglichen Neutralität Österreichs nach Staatsvertragsabschluss die umstrittenen Sendungen eingestellt hat, sondern dass sie sich Mitte 1949 sogar noch dazu bereit erklärt hätte, einen besonderen Propagandasender Hit Osteuropa in ihrer Wiener Besatzungszone zuzulassen,<sup>39</sup> – unter der Voraussetzung vollständiger Trennung derartiger Programme von der „österreichischen“ US-Rundfunkpropaganda. Tatsächlich sollte jener Vorschlag in weiterer Folge auf halboffizieller Ebene durch „Radio Free Europe“ in München verwirklicht werden.<sup>40</sup>

Schon 1953 hatte die Ernennung von Imre Nagy zum Ministerpräsidenten erste Hoffnungen auf Verbesserung der bilateralen Beziehungen aufkeimen lassen – und auch nach seiner kurzfristigen Absetzung schien die Entspannungspolitik auch als Folge des Staatsvertragsabschlusses und der Neutralisierung Österreichs 1955 wirksam zu werden. So wurde am 9. Mai 1956 der Abbau des Minengürtels an der österreichischen Grenze innerhalb von drei Monaten angekündigt.<sup>41</sup>

Die nachfolgenden Ereignisse sollten auf viele Jahrzehnte auch das ungarisch-österreichische Beziehungsgeflecht prägen: Am 21. Oktober 1956 beginnen heftige Studentendemonstration, drei Tage später wird Imre Nagy wieder Regierungschef, der die Neutralisierung und die Einführung eines Mehrparteiensystems ankündigt – ein Vorhaben, das von den sowjetischen Panzern und Truppen gewaltsam und blutig bis zum 4. November verhindert wird.

Bereits am 4. Dezember 1956 erklärt das österreichische Bundesministerium für Inneres, dass rund 110.000 ungarische Flüchtlinge nach Österreich gelangt sind, 37.000 davon sind bereits weitergereist. Ebenfalls im Dezember hatte US-Präsident Dwight D. Eisenhower seinen Vizepräsidenten Richard Nixon beauftragt,

*„[...] to consult with members of the Austrian Government and other officials who are concerned with the problems of relief and resettlement of the large numbers of Hungarian refugees which have been forced to flee to Austria by the tragic events in their homeland“.*<sup>42</sup>

Nixons Mission, die bezeichnenderweise unter dem Codenamen „Operation Mercy“<sup>43</sup> stand, sollte dazu beitragen, Widerstände im US-Kongress zu

---

<sup>38</sup> NA-RG 59/740.0019 control (Austria)/8 - 1049.

<sup>39</sup> NA-RG 260/887/136, Lee an Director, USACA - Red-White-Red Satellite Program, 25. August 1949 in Verbindung mit ebenda, Fox an Director USACA – Red-White-Red Satellite Program, 16. September 1949.

<sup>40</sup> Zur Geschichte von „Radio Free Europe“ siehe die offiziöse und oberflächliche Publikation von Robert T. Holt, Radio Free Europe, New York 1957. Zur Verwendung von CIA-Geldern für Aufbau und Betrieb dieses Propagandasenders vgl. Victor Marchetti und John D. Marks, CIA, Stuttgart 1974, 214ff.

<sup>41</sup> Haslinger, Hundert Jahre, 240.

<sup>42</sup> Eisenhower an Koerner, 18. Dez. 1956. DDE, Anne Whitman File, Austria.

<sup>43</sup> Vgl. dazu den ausführlichen Bericht in FRUS 1955-57, Vol. XXV, 535-539.



brechen, wo sich eine starke Opposition gegen die Aufnahme ungarischer Flüchtlinge vor dem Hintergrund inneramerikanischer Arbeitslosigkeit gebildet hatte. An mögliche direkte Auswirkungen der sowjetischen Intervention in Ungarn auf Österreich dachten weder Nixon noch Eisenhower, die scheinbar auch bemüht waren, die Tatsache zu relativieren, dass US-Propagandainstitutionen wie „Radio Free Europe“ oder die „Voice of America“ bei den ungarischen Widerstandskämpfern falsche Vorstellungen über ein mögliches militärisches Engagement der USA genährt hatten.<sup>44</sup> Eisenhower selbst war primär mit der Suez-Krise im Nahen Osten beschäftigt, nachdem er im November als Präsident in seinem Amt mit deutlicher Mehrheit bestätigt worden war. Bezüglich der Ungarn-Krise war Eisenhower nur bereit, die Aufnahmequoten für ungarische Flüchtlinge zu erhöhen. Eine militärische Intervention in Ungarn stand für Eisenhower nie zur Diskussion.<sup>45</sup> Auch paramilitärische Unterstützung seitens des US-Geheimdienstes wurde ausdrücklich von Eisenhower untersagt. Inwieweit es strategische Planungen bezüglich der Reaktion der NATO auf eine Ausweitung des Konflikts auf Österreich gegeben hat, lässt sich anhand der derzeit zugänglichen Unterlagen nicht sagen.

Offiziell hatte Eisenhower die Joint Chiefs of Staff nicht zu militärischen Planungen ermächtigt - auch vor allem deshalb, weil eine vorwärtsgerichtete NATO Operation aufgrund der Suez-Krise und dadurch gebundener Britischer und Französischer Einheiten undenkbar war.<sup>46</sup> Der Verfasser ist sich bewusst, dass dies nach wie vor nur Spekulationen sind, aber auch das Verhalten Eisenhowers während der Intervention der Sowjetunion in Ungarn zeigen doch einen zurückhaltenden Militärpragmatiker, der keineswegs rasch eine nukleare Eskalation riskiert hätte. Während beispielsweise die CIA ihre geheimen Operationen mittels Einsatzes militärisch ausgebildeter osteuropäischer Emigranten, die bereits im Oktober 1956 mit ihren Aktivitäten begonnen hatten, fortsetzen wollte, stellte Eisenhower selbst jede weitere Waffenhilfe ein. Eine militärische Intervention kam angesichts eines Einmarsches von 200.000 Soldaten und 4.000 Panzern überhaupt nicht in Frage: „Hungary was as inaccessible to us as Tibet”.<sup>47</sup>

Hingegen wurde die US- Militärlilfe nach Österreich als eine Folge der militärischen Ereignisse in Ungarn im Oktober und November 1956

---

<sup>44</sup> Richard Nixon, *The Memoirs of Richard Nixon*, London 1978, 182f. Bis zum heutigen Tag ist - wie jüngste Tagungen in Budapest zeigten - Art und Umfang der US-Verantwortung an dieser „Propagandalüge“ umstritten: Vgl. dazu Timothy Garton Ash, *Hungary's Revolution: Forty Years On*, in: *The New York Review of Books*, Nov. 14, 1996, 18-22. Siehe auch György Litván, *The Hungarian Revolution of 1956: Reform, Revolt and Repression, 1953-1963*, London 1996.

<sup>45</sup> Ambrose, *Eisenhower*, Vol. II, 355f. u. 375.

<sup>46</sup> Kenneth W. Condit, *History of the Joint Chiefs of Staff, Vol. VI. The Joint Chiefs of Staff and National Policy 1955-1956*, Washington D.C. 1992.

<sup>47</sup> Oliver Rathkolb, *Washington ruft Wien. US-Großmachtspolitik gegenüber Österreich 1953-1963*, Wien 1997, 273.

intensiviert. Der US-Botschafter in Wien, Llewellyn Thompson intensivierte 1957 sein Engagement zur Sicherstellung der US-Militärhilfe, wobei aber eine Korrektur erfolgte: Nunmehr sollten nur mehr je 30 Millionen US Dollar 1958 und 1959 bereitgestellt werden gegenüber den im Jahre 1956 geforderten 40 bzw. 80 Millionen US Dollar. Österreich sollte sogar gegenüber NATO-Ländern bei der Zuteilung von Finanzmitteln bevorzugt behandelt werden:

*„Such action would serve the best interests of the United States and appreciably strengthen the common front against aggression. Because of her quality of her soldiery, the extreme strategic importance of her geographic location and the excellent defensive characteristics of her terrain, it would be difficult to visualize an area where an equal investment could achieve greater results [...] Since the conclusion of the state treaty Austria has steadily consolidated her alignment with the West in the political, economic and cultural fields in direct opposition to the Soviet bloc. She took a courageous and forthright stand in the Hungarian crisis and in the United Nations she has openly demonstrated that her military neutrality has not affected her political independence. Moreover even in the military field Austria has shown herself ready to cooperate with the West to the maximum extent possible without exposing herself to the charge of violating her international commitments”.*<sup>48</sup>

Die österreichische Bundesregierung unter Bundeskanzler Julius Raab hatte eine kompromisslose Haltung während der Ungarn-Krise 1956 an den Tag gelegt und damit kurzfristig alle „Neutralismus“-Vorwürfe gegen die geopolitische „Schaukelpolitik“ zwischen den Blocksystemen im Kalten Krieg entkräftet. Deutlich wurde gegen die Intervention protestiert.

Das Verhalten der österreichischen Bundesregierung und der Medien während des „Ungarn-Aufstandes 1956“ beseitigten vorerst die britischen Vorbehalte gegenüber der österreichischen Außenpolitik, sodass zumindest für das Jahr 1956 die britische diplomatische Elite von Wallinger informiert wurde, dass

*„[...] aided indeed by the internal stresses within the Soviet empire, and spurred by a very real sympathy with the miseries of the Hungarian people, Austria has converted a dangerous lack of direction in her policy into a positive concept of neutrality which has been seen to have attractions in the satellite lands”.*<sup>49</sup>

Trotz dieses Rückschlags in der Entspannungspolitik seit Stalins Tod 1953 blieb die österreichische Linie auch gegenüber Ungarn und dem neuen kommunistischen Kádár-Regime tendenziell aufgeschlossen. Weder die USA noch die Sowjetunion glaubten aber zu diesem Zeitpunkt, dass eine Neutralität nach österreichischem Muster ein Modell für kommunistischen Staaten werden könnte. Deutlich machte dies beispielsweise im April 1957 der erste

---

<sup>48</sup> Rathkolb, Washington, 126.

<sup>49</sup> Rathkolb, Washington, 157.

stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR A.I. Mikojan anlässlich eines Staatsbesuches in Wien: „Mikojan hat dem Herrn Bundeskanzler (Raab, Anm.d.Verf.), der bekanntlich im Januar d. J. in einer Radiorede eine Neutralisierung Ungarns zur Debatte gestellt hatte, ganz präzise erklärt, daß Österreich mit seiner Neutralität einen ‚Sonderfall‘ darstelle, der ‚unter den heutigen Gegebenheiten nicht wiederholbar‘ sei, da es derzeit nicht möglich wäre, einzelne Staaten aus den beiden Blöcken zu entlassen.“

Von besonderem Interesse – und zweifellos zur Weiterleitung an die Adresse Washingtons gerichtet – war die Äußerung Mikojans, dass die Ungarn- und Suezkrise auch etwas Gutes, nämlich den Beweis mit sich gebracht hätten, dass „weder die Sowjetunion noch die Vereinigten Staaten einen Krieg wünschten“.<sup>50</sup>

Sowohl die Sowjetunion und die USA waren sich 1955/1956 darüber einig, dass keine gewaltsame Änderung des Status quo der Einflussphären erfolgen sollte, dass aber auch eine etwaige Neutralisierung einzelner Block-Staaten wie der beiden deutschen Staaten, Ungarns oder vielleicht sogar Polens keine geopolitisch wünschenswerte Lösung sei.

Trotzdem wurde die spezifische Form einer österreichischen Ostpolitik, die bereits nach 1955 langsam begann und vor allem unter Außenminister Kreisky ab 1959 als „Nachbarschaftspolitik“ konkrete politische Wirkung zeigte, entwickelt. Sie unterschied sich beispielsweise von der Politik der Adenauer-Regierungen gegenüber der Sowjetunion wesentlich in der Taktik und war nicht derart inflexibel oder ideologisch determiniert. Schon die Große Koalition unter Raab, sowie die ÖVP-Alleinregierung Josef Klaus und später dann die Regierungen Kreisky ab 1970 versuchten nicht nur wie die BRD eine verdeckte ökonomische Kooperation mit kommunistischen Nachbarstaaten, sondern setzten früh Wirtschaftspolitik als Teil einer politischen Gesamtstrategie ein, wozu auch die Klärung offener Grenzbeziehungsweise Vermögensfragen gehörte. Mit Jugoslawien, Polen und Ungarn konnte diese Entspannungspolitik österreichischer Prägung umgesetzt werden, wobei man nicht nur bilaterale Themen, sondern auch die geopolitische Entspannungspolitik intensiv diskutierte.

Vor allem in den 1950er Jahren fand diese Politik keineswegs Nachahmung – so auch nicht in den USA: Versuche Kreiskys, Außenminister Christian Herter – den Nachfolger von John Foster Dulles - 1959 zu einem Kontakt mit Ungarn zur Verbesserung der Beziehungen zu motivieren, blieben erfolglos. Das Modell der österreichischen Nachbarschaftspolitik, d.h. die Normalisierung der bilateralen Kontakte mit den kommunistischen Nachbarn Österreichs und anderen kleineren Ländern Osteuropas, blieb Herter völlig fremd, da er ihnen nur „ein sehr geringes Selbstbestimmungsrecht“ zubilligte.<sup>51</sup> Auch bei dem Wunsch Österreichs, eine

---

<sup>50</sup> Rathkolb, Washington, 85.

<sup>51</sup> Rathkolb, Washington, 93.

István Majoros, Zoltán Maruzsa, Oliver Rathkolb (Redaktion): Österreich und Ungarn im Kalten Krieg  
ELTE Új- és Jelenkori Egyetemes Történeti Tanszék – Universität Wien, Institut für Zeitgeschichte, Wien – Budapest, 2010.  
„Kontrollkommission zur Überprüfung von Atombombenversuchen“ in Wien zu errichten, verhielt sich Herter zurückhaltend.

Sowohl während der Ungarischen Revolution 1956 als auch unmittelbar danach kam es immer wieder zu heftigen medialen Auseinandersetzungen über die Rolle Österreichs in diesem Konflikt, wobei vor allem die Kommunistische Volksstimme und Radio Moskau hier schwere Neutralitätsverletzungen von österreichischer Seite konstatierten. Realpolitisch gesehen gab es keine Anzeichen, dass die Sowjetunion auch Österreich in den Konflikt mit einbeziehen wollte. Die Panzer der Roten Armee blieben vor der österreichischen Grenze stehen, und es gab auch kaum Grenzverletzungen. Die Ungarn-Hilfe wurde überparteilich mit großer medialer Unterstützung organisiert, wogegen nur die „Kommunistische Volksstimme“ polemisierte. Insgesamt waren bis Februar 1957 180.000 Menschen nach Österreich aus Ungarn geflüchtet.<sup>52</sup>

Obwohl es in weiterer Folge gab es – obwohl Österreich dem UNO-Resolutionsentwurf vom 13. Dezember 1957, der die Intervention der Sowjetunion scharf verurteilte, zugestimmt hatte – im Rahmen der Generalversammlung erste Gespräche zwischen Außenminister Leopold Figl und dem ungarischen Außenminister Imre Horváth, die auch in weiterer Folge auf inoffizieller Ebene bis 1959 fortgesetzt wurden. Als Ex-Bundeskanzler Julius Raab als Präsident der Bundeswirtschaftskammer mit einer Delegation im Mai 1959 an der Budapester Messe teilnahm, regte sich noch heftige Kritik von Seiten der SPÖ.<sup>53</sup> Schon 1962 sprach der neue ungarische Ministerpräsident von der guten Entwicklung der Beziehungen zu Österreich, was zu einer Reihe von wechselseitigen Besuchen führte – beispielsweise Mitte Mai 1962 durch den stellvertretenden Ministerpräsidenten Jenő Fock in Österreich und der erste Besuch eines nichtkommunistischen Außenministers in Ungarn durch den sozialdemokratischen Außenminister Bruno Kreisky von 29. Oktober bis 1. November 1964.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass Bruno Kreisky schon am 2. Februar 1960 auf einer Pressekonferenz die Verbesserung der Beziehungen zu Ländern Osteuropas gefordert hatte, wobei er vor allem Warschau und Belgrad als erste mögliche Kooperationspartner hervorhob.<sup>54</sup> In diesem Zusammenhang wurde wie auch in allen anderen Fragen mit kommunistischen Staaten vor allem ein Vermögensvertrag während dieses Besuches von Kreisky verhandelt. Insgesamt ging es um österreichische Eigentumsansprüche in der Höhe von 87,5 Millionen Schilling, wobei Ansprüche von Großgrundbesitzern und aus dem Rechtstitel des Deutschen Eigentums hier nicht thematisiert wurden.

---

<sup>52</sup> Haslinger, Hundert Jahre, 243.

<sup>53</sup> Heinrich, Entwicklung, 23.

<sup>54</sup> Arthur Kremsner, Österreich in Ungarn – Bilder einer Nachbarschaft, in: Oliver Rathkolb, Otto M. Maschke, Stefan August Lütgenau (Hg.), Mit anderen Augen gesehen. Internationale Perzeptionen Österreichs 1955-1990, 582.

Auf der anderen Seite blieb Österreich in der ungarischen Presse noch bis Anfang der 1960er Jahre als Feindbild präsent. Gleichzeitig wurde auch durch den inneren ungarischen sanften Reformprozess und der Notwendigkeit der ökonomischen Öffnung nach Westen hier eine stärkere Zusammenarbeit gesucht.

Diese relativ positiven Kontakte wurden auch durch historische Berichterstattung verstärkt. Selbst am 100. Jahrestag des Österreichisch-Ungarischen Ausgleichs von 1867 gab es hier durchaus eine positive Bewertung, die dem Österreich-feindlichen Geschichtsbild entgegenstand.<sup>55</sup> Die Kontakte wurden durch die Interventionen der Tschechoslowakei 1968 nicht unterbrochen, an der Ungarn bekanntlich auch teilgenommen hatte. Nur am 6. Mai 1968 kam es zu einem Grenzzwischenfall, als ein Flüchtling über Ungarn nach Österreich geflohen war und von ungarischen Grenzwachen angeschossen und vom österreichischen Gebiet nach Ungarn zurück geschleppt wurde.

Ökonomisch gesehen konnte bereits beim Besuch vom ungarischen Ministerpräsidenten Jenő Fock im Mai 1969 in Österreich festgehalten werden, dass im Zeitraum 1950-1960 der Warenverkehr verdreifacht wurde und seit 1968 abermals verdoppelt werden konnte.<sup>56</sup>

Ein wichtiger Faktor bei der Intensivierung der bilateralen Beziehungen auch auf einem ideologischen Niveau spielte in den 1970er Jahren die Kultur. In diesem Zusammenhang sind beispielsweise Gastkonzerte der Wiener Philharmoniker ebenso zu erwähnen wie große Ausstellungen in Budapest von Werken von Fritz Wotruba und Friedensreich Hundertwasser. Auch die Kulturabteilung der Österreichischen Botschaft besitzt seit 1978 ein eigenes Kulturinstitut in Budapest, das eine Vielzahl von Veranstaltungen mit bekannten österreichischen SchriftstellerInnen und MusikerInnen, aber auch einer Reihe von WissenschaftlerInnen, unter ihnen viele HistorikerInnen wie Gerald Stourzh, Erika Weinzierl oder der Politologe Anton Pelinka und der Philosoph Norbert Leser, organisierte.

Schon 1977 berichtet der Ungarische Rundfunk, dass *„zur Zeit der staatlichen Gemeinsamkeit in der Doppelmonarchie die Gemeinsamkeit vielleicht enger gewesen sei, besser als jetzt war sie aber noch nie“*, und auch Kreisky unterstützte diese Feststellung öffentlich.<sup>57</sup>

Man merkte diese Sonderrolle Ungarns in den außenpolitischen Beziehungen Österreichs mit kommunistischen Staaten auch im ökonomischen Bereich, so beispielsweise in der Vereinbarung eines 300 Millionen Dollar Kredites zur Finanzierung der Beteiligung Österreichs an Fremdenverkehrsinvestitionen oder der Aufhebung der Visumpflicht mit 1. Jänner 1979, um den Tourismus in Ungarn anzukurbeln.<sup>58</sup>

---

<sup>55</sup> Kreamsner, Österreich in Ungarn, 590.

<sup>56</sup> Kreamsner, Österreich in Ungarn, 591.

<sup>57</sup> Kreamsner, Österreich in Ungarn, 598.

<sup>58</sup> Kreamsner, Österreich in Ungarn, 600.

Auch im Bankenbereich wurden die institutionellen Kontakte intensiviert, so errichtete als erste weltliche Bank die Creditanstalt-Bankverein gemeinsam mit deutschen, französischen, italienischen, japanischen Banken und einer 35%igen Beteiligung der Ungarischen Nationalbank eine westliche Bank. In weiterer Folge kam es in den 1980er Jahren auch zu zwei Hotelbauten wie das Hotel Forum am Budapester Donaukai, das bereits im November 1981 eröffnet werden konnte.

Kreiskys Nachfolger Fred Sinowatz, ein geborener Burgenländer, setzte ein weiteres positives symbolisches Signal durch seine erste offizielle Auslandsreise als Bundeskanzler nach Ungarn, und nicht wie bisher üblich in die Schweiz. Schon 1987 gab es eine Reihe von Signalen einer innenpolitischen Wende, auch nach dem Rücktritt von Staatspräsident Pál Losonczi und Ministerpräsident György Lázár.

Vor diesem Hintergrund ist es kein Zufall, dass bereits 1986 erste konkrete Gespräche über eine gemeinsame Weltausstellung zwischen Ungarn und Österreich stattfanden, und es dann 1988 ein offizielles Ansuchen beim Internationalen Weltausstellungsbüro gab.

Bereits im Jahre 1985 entstand im Rahmen der Koalitions-Stadtregerung zwischen SPÖ und ÖVP die Idee einer Weltausstellung, die dann 1986 auf eine Kooperation mit Budapest erweitert wurde. In weiterer Folge wurde ein Verein „zur Förderung der Bewerbung Wiens um eine Internationale Fachausstellung“ unter der Präsidentschaft von Bundeskanzler a.D. Bruno Kreisky gegründet. Als geschäftsführender Obmann agierten der SPÖ-Vizebürgermeister Hans Mayr und als Stellvertreter der ÖVP-Obmann der Wiener ÖVP Erhard Busek. Während sich Kreisky im März 1987 zurückzog und durch den ehemaligen Bundespräsidenten Rudolf Kirchschläger ersetzt wurde, schien die Kooperation gut zu funktionieren. Bereits im September begannen auf Regierungsebene Verhandlungen mit Ungarn, die 1987 durch eine gemeinsame Regierungserklärung verdichtet wurden.<sup>59</sup> Übrigens hat am 17. Oktober 1988 der Wiener Gemeinderat einstimmig mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ beschlossen, eine Weltausstellung durchzuführen.

Hinter dieser Idee stand SPÖ-Vizebürgermeister Mayr, der als Finanzstadtrat einer der treibenden Kräfte der Idee war, durch die EXPO 95 eine vorgezogene Modernisierung der Wiener Infrastruktur vor allem an der Platte diesseits der Donau Richtung Norden umzusetzen. Gleichzeitig betonte Mayr auch „die Mauthe-Busek-Idee vom Donaauraum und vom Zentrum Mitteleuropa, national von der Aufwertung der Ostregion“.<sup>60</sup>

In weiterer Folge wurden die Bundesländer integriert und die entsprechenden inhaltlichen und finanztechnischen Planungen intensiviert, nachdem im Mai 1988 Österreich und Ungarn ihre gleichlautenden

---

<sup>59</sup> Sandra Lakitsch und Karen Henning, Die bilateralen außen- und Kulturpolitischen Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn seit 1989, Diplomarbeit Universität Wien 1996, 2-3.

<sup>60</sup> Lakitsch und Henning, Die bilateralen außen- und Kulturpolitischen Beziehungen, 4.

Bewerbungen eingereicht hatten. Mit diesem Twin-City-Konzept „*The Rebirth of Central Europe*“ sollten Zukunftsthemen im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich über die geopolitischen Systemgrenzen hinweg angestrebt werden mit Schwerpunkt Kunst, Kultur, Kreativität, Musik und gemeinsamen historischem Erbe. Insgesamt wurden 20-25 Millionen Besucher erwartet. Doch bereits 1989 zeigte eine Gallup-Umfrage, dass die Budapester wesentlich begeisterter von dieser Idee waren: 77% der Befragten begrüßten die Idee, während in Wien sich nur 43% positiv äußerten.<sup>61</sup>

Trotzdem gingen die Planungen weiter. Erste stärkere Opposition entstand aber in Ungarn im Laufe des Jahres 1989, wobei vor allem die Freien Demokraten sich gegen dieses Projekt aussprachen, wohingegen die Fidesz-Partei hier andere Prioritäten thematisierte und vor allem ihr Misstrauen gegenüber dem Parlament und die ständig wechselnden Politikern aussprachen. Noch im Mai 1989 blieb trotz eines Protestbriefs der Grünen aus Wien gegen die EXPO die ganze Konzeption auf Schiene. Es wurde eine eigene private Aktiengesellschaft gegründet und 1990 eine österreichisch-ungarische Regierungskommission eingerichtet. Trotz des Streits im Jahr 1990 über Finanzierungsmodelle, wobei es primär um die Finanzierung ohne Steuermittel ging und Mayr und Busek unterschiedliche Banken je nach politischem Einfluss der SPÖ bzw. ÖVP nannten, blieb auch diese Diskussion nach wie vor auf Schiene. Es erfolgte am 12. September 1990 die offizielle Registrierung dieses Antrags mit einem Marketingfilm zum Thema „*Spirit of Creativity*“.

Nach den Kommunalwahlen in Budapest kamen aber Ende Oktober EXPO-kritische Politiker in Entscheidungsträgerfunktionen. Der neue Bürgermeister Gábor Demszky, der dem Bund Freier Demokraten angehörte, sowie die Regierung, geführt vom Ungarischen demokratischen Forum, gingen auf Distanz. Am 20. Dezember 1990 legte das Budapester Stadtparlament das EXPO 95-Projekt offen, jedoch gab es hier eine Wiedereinstiegs Klausel, wenn bestimmte Bedingungen noch durchgeführt werden würden.

Auch Anfang 1991 änderte sich auch in Wien im Rahmen der ÖVP die Grundkonstellation. Der ÖAAB auf Landesleitungsebene votierte für eine Absage, und Busek versuchte ab 1991 stärkeren Druck auf Ungarn auszuüben. Nun begann die FPÖ um Rainer Pawkowitz und Erwin Hirnschall direkt mit dem Budapester Bürgermeister Gespräche zu führen, um eine Rückzugslinie festzulegen und eine Volksbefragung durchzusetzen. Offen blieb auch die Frage auf Regierungsebene, ob die internationale Finanzierung tatsächlich zu realisieren wäre. Im Mai fand eine Kehrtwende der SPÖ-Mehrheit im Rathaus statt und eine Volksbefragung wurde angesetzt, wobei die SPÖ begann, sich auf die ÖVP auszureden, wo Busek zunehmend an Bedeutung verloren hatte. Bei der nachfolgenden Volksbefragung stimmten bei einer Beteiligung von

---

<sup>61</sup> Ebd., 6.

István Majoros, Zoltán Maruzsa, Oliver Rathkolb (Redaktion): Österreich und Ungarn im Kalten Krieg ELTE Új- és Jelenkori Egyetemes Történeti Tanszék – Universität Wien, Institut für Zeitgeschichte, Wien – Budapest, 2010. 43,9% der Stimmberechtigten 35,15% für und 64,85% gegen die Ausstellung,<sup>62</sup> worauf die Bundesregierung am 5. Juni 1991 ihre EXPO-Bewerbung offiziell zurückzog. Eine zeitlang versuchte Ungarn das Projekt alleine fortzuführen, musste aber die Folgen des österreichischen Ausstiegs mittragen.<sup>63</sup>

Insgesamt gesehen waren alle Beteiligten scheinbar in weiterer Folge glücklich über den Rückzug der Bewerbung, obwohl es sowohl für Wien als auch für Budapest einen Infrastrukturschub bedeutet hätte. In Wien wurde das mit Verzögerung in den nachfolgenden Jahren umgesetzt. Man sieht hier sehr deutlich, dass es gegen Ende des Kalten Krieges kaum mehr politischen Willen für visionäre Projekte gab und vor allem im ökonomischen Bereich privatkapitalistische Kooperationen an Bedeutung gewannen, ohne den notwendigen infrastrukturellen Hintergrund zu bieten. So waren es in weiterer Folge vor allem österreichische Banken, Versicherungen und Privatunternehmen, die in Ungarn investierten, ohne dass es zu einer entsprechenden kohärenten bilateralen Politik wie in Zeiten des Kalten Krieges gekommen wäre.

Interessant ist das Ende der 1980er Jahre auch andere neue Themen in den ungarisch-österreichischen Beziehungen diskutiert wurden. So demonstrierten Hunderte jugendliche Umweltschützer vor der Botschaft Österreichs anlässlich eines Besuches von Außenminister Alois Mock 1988 gegen die Beteiligung österreichischer Firmen am Bau des geplanten ungarisch-slowakischen Donaukraftwerkes Gabčíkovo. Am 27. Juni wurde symbolisch durch Außenminister Mock und Außenminister Gyula Horn der Eiserne Vorhang – der Stacheldrahtzaun – durchgeschnitten: Ein genialer Medien-Coup des Fotografen Bernhard Holzner, als Außenminister Alois Mock (ÖVP) und sein ungarischer Amtskollege Gyula Horn am 27. Juni 1989 feierlich den „Eisernen Vorhang“ an der Grenze durchgeschnitten. Der eigentliche Abbau der Sperranlagen auf ungarischer Seite hatte bereits fast zwei Monate vorher am 2. Mai begonnen. Die Begründung dafür war ziemlich pragmatisch: Der Stacheldraht sei stark verrostet, Moskau würde keinen Ersatz liefern und man wolle keine wertvollen Devisen für den Zaun ausgeben. Außerdem sei der Zaun „moralisch veraltet“, da die Reformkommunisten den ungarischen Bürgern ohnehin schon seit 1988 Reisefreiheit gewährt hatten.

Nach dem paneuropäischen Picknick im August 1989 verschärfte die ungarische Regierung die Bewachung seiner Westgrenze, um das ostdeutsche „Bruderland“ nicht zu provozieren. Erst bei der offiziellen Öffnung der Grenze nach Österreich am 10. September 1989, gelangten zehntausende DDR-Bürger, die in Ungarn zum Teil schon lang auf eine günstige Fluchtgelegenheit gewartet hatten, wieder problemlos in den Westen.

Insgesamt gesehen merkt man deutlich, dass es bis 1989 eine außergewöhnliche bilaterale Kooperation zwischen Österreich und Ungarn

---

<sup>62</sup> Lakitsch und Henning, Die bilateralen außen- und Kulturpolitischen Beziehungen, 23.

<sup>63</sup> EXPO 95 in Wien und Budapest, Schlussbericht, Juli 1991, 13.



gegeben hatte, die schon im Jahre 1989 langsam begann zu erodieren. Seit den 1990-Jahren versuchte sich die Ungarische Regierung stärker an Deutschland zu orientieren, auch vor dem Hintergrund des erhofften Beitritts zur Europäischen Union, während Österreich durch die eigenen Beitrittsbestrebungen verstärkt auf Distanz ging. Zwar gelang es relativ schnell die Grenzziehungen des Eisernen Vorhangs zu überwinden, inhaltlich blieben aber die direkten bilateralen Kontakte zurückhaltend und sollten sich nicht mehr so intensiv gestalten wie in den Jahrzehnten zuvor. Man merkt zwar, dass die Kontakte vor allem im kulturellen Bereich aufrecht blieben, aber letzten Endes ist in den frühen 1990er Jahren die Hochphase der Sonderbeziehungen mit dem Ende des Kalten Krieges, trotz des Versuches der gemeinsamen EXPO-Bewerbung, zu Ende gegangen.

Abschließend kann festgehalten werden, dass die österreichisch-ungarischen Beziehungen eigentlich immer die jeweilige geopolitische Entspannungspolitik immer um einige Jahre vorweggenommen haben. Schon in den 1970er Jahren intensivierten sich die Kontakte so weit, dass es in den 1980er Jahren zu einem intensiven Tourismus gekommen ist. Diese starken ökonomischen Kontakte haben sich auch im internationalen Bereich niedergeschlagen. 1982 war Ungarn durch den Abzug von Finanzanlagen im Wert von einer Milliarde US Dollar in erhebliche Zahlungsprobleme geraten. Nur durch eine Rettungsaktion der Bank für Internationalen Zahlungsverkehr und westeuropäische Notenbanken konnte die Liquiditätskrise behoben werden. Die Oesterreichische Nationalbank stellte 1982/1983 vier kurzfristige Kredite in der Gesamthöhe von 710 Millionen US Dollar zur Verfügung. Bundeskanzler Bruno Kreisky und die österreichische Bundesregierung unterstützen aktiv die Aufnahme Ungarns als erstes kommunistisches Land im Internationalen Währungsfonds. Österreichische Banken hatte 1984 17,3% aller ausländischen Kredite zur Verfügung gestellt.<sup>64</sup>

---

<sup>64</sup> Jan Stankovfsky, Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und Ungarn, in: Heinrich, Beziehungen, 73.